



Funktionierende flankierende Massnahmen nützen. Die Sündenbockpolitik der SVP-Initiative löst keine Probleme.

Referat von Balthasar Glättli, Nationalrat Grüne ZH, Mitglied SPK-N

Es gilt das gesprochene Wort.

Die SVP gibt vor, mit ihrer Initiative Probleme zu lösen. Stattdessen wird sie nicht nur neue Probleme kreieren – sondern sie wird auch zur Lösung der von ihr angesprochenen Probleme nichts beitragen.

Zuwanderung hat wirtschaftliche Gründe – sie ist aber auch eine kulturelle Bereicherung

Die Personenfreizügigkeit wird in der aktuellen Debatte fast nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten verteidigt. Das ist auch richtig: die Schweizer Wirtschaft ist heute auf Arbeitskräfte ohne Schweizer Pass zwingend angewiesen – ob sie schon in der Schweiz wohnen oder erst in die Schweiz ziehen. Dies gilt nicht nur für die sogenannten «niedrig qualifizierten» Jobs, sondern auch für Fachkräfte, Ingenieure und Kaderpositionen in verschiedenen Branchen: von der Industrie bis zum Gesundheitswesen.

Allerdings ist es aus Grüner Sicht auch wichtig hervorzuheben, dass – mit Max Frischs bekannten Worten – nicht nur Arbeitskräfte in die Schweiz ziehen, sondern Menschen. Menschen, die zur kulturellen Bereicherung der Schweiz beitragen, die unsere internationale Schweiz genauso mitprägen wie jene Schweizerinnen und Schweizer, die selbst irgendwo in der fünften Schweiz, also im Ausland leben, zur Bereicherung ihrer Aufenthaltsländer beitragen.

Weil wir der Ansicht sind, dass nicht nur bloss Arbeitskräfte in die Schweiz ziehen, sondern Menschen, darum setzen wir uns auch dafür ein, dass die Grund- und Menschenrechte auch für sie gelten. Dazu gehört auch das Recht auf Familienleben, das die vorliegende Initiative beschränken will. Ist das sinnvoll? Für die Betroffenen sicher nicht. Aber auch nicht für die Schweiz. Wenn wir Arbeitskräfte ohne Schweizer Pass brauchen, dann sollen das doch nicht Nomaden der Arbeit sein, sondern Familien, die hier neue Wurzeln schlagen und sich integrieren können. Gerade die Kinder und die Volksschule leisten hier einen unschätzbaren Beitrag.

Nachhaltige Wirtschaftsförderung statt Zuwanderungsbeschränkung

Es ist unbestritten: Eine wichtige Ursache der Zuwanderung ist das unkontrollierte Wirtschaftswachstum in einigen Regionen der Schweiz. Der aggressive Standortwettbewerb zwischen Kantonen und Gemeinden zielt genau darauf ab, möglichst viele ausländische Unternehmen anzusiedeln. Diese bringen oft auch einen grossen Teil ihres Personals mit in die

Schweiz. Eine bürokratische Regelung der Zuwanderung durch Kontingente, wie das die SVP will, würde an dieser Grundsituation nichts verbessern.

Anstatt die Zuwanderung zu bürokratisieren, sollte das Problem an der Wurzel gepackt werden. Dazu braucht es eine gesamtschweizerische Harmonisierung der Steuern, ein Stopp der Dumpingsteuerepolitik, welche unter dem Stichwort «Steuerwettbewerb» ja gerade von der SVP immer wieder verteidigt und angeheizt wird. Zudem brauchen wir eine Wirtschaftsförderung, welche die nachhaltige Entwicklung ins Zentrum stellt und das lokale Gewerbe fördert.

Lebensqualität für alle kann nur mit flankierenden Massnahmen gesichert werden

Mit dem Hinweis auf Mietexplosion, Zersiedelung und volle Züge versucht die SVP auch bei linken und grünen WählerInnen zu punkten.

Allerdings leistet die SVP-Initiative keinen Beitrag zur Lösung der Probleme, die sie anspricht. Entscheidend sind stattdessen griffige flankierende Massnahmen, um die Lebensqualität in der Schweiz zu erhalten. Dazu muss das Raumplanungsgesetz konsequent umgesetzt, günstiger Wohnraum gefördert und gegen die Mietexplosion vorgegangen werden. Auf dem Arbeitsmarkt gilt es konsequent gegen Lohndumping, Schwarzarbeit und die Scheinselbständigen vorzugehen. In Branchen, welche einen Fachkräftemangel aufweisen, braucht es eine Bildungsoffensive.

Zu all diesen konkreten Lösungsansätzen allerdings sagt die SVP Nein. Das zeigt, dass sie die Probleme politisch bewirtschaften, aber nicht lösen will.

Die SVP-Politik ist zudem zutiefst widersprüchlich. Grosse Teile der SVP hängen weiterhin dem traditionellen Familienbild nach dem Motto «Frauen an den Herd» nach. Sie wehren sich gegen alle Verbesserungen, welche die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer voranbringen würden. Und sie wehren sich gegen eine tatsächliche Einforderung der Lohngleichheit zwischen Frau und Mann. Dabei erhöhen gerade die Barrieren, welche hier lebende Frauen von einer Erwerbsarbeit abhalten, den Bedarf der Wirtschaft nach Arbeitskräften aus dem Ausland.